

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 116 (2022)
Heft: 6

Artikel: "Wer interessiert sich schon für unsere Sicherheit?"
Autor: Sancar, Annemarie / Zumach, Andreas / Hui, Matthias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1002443>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Wer interessiert sich schon für unsere Sicherheit?»

Neue Wege-Gespräch mit
Annemarie Sancar und Andreas Zumach
von Matthias Hui und Geneva Moser

Die drängende Frage, wie der grausame Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gestoppt werden kann, erlaubt keine vereinfachend-binären Antworten. Annemarie Sancar und Andreas Zumach plädieren als erfahrene Friedensengagierte für einen breiten Friedensbegriff und einen selbstkritischen historischen Blick.

mw Am 24. Februar griff die russische Armee die Ukraine an. Wer kann das Regime von Putin noch stoppen?

AZ Wenn die Führung in Peking sich morgen gegen diesen Krieg entscheiden würde, auch weil dieser die eigenen globalen Wirtschaftsinteressen und das Verhältnis zu den wichtigsten Absatzmärkten USA und Westeuropa stört, hätte sie die Macht, den notwendigen Druck

auf Putin auszuüben und den Krieg zu beenden. Aber diese Option scheint im Moment, wie andere auch, nicht realitätstauglich.

AS Für einen dritten Akteur wie China gibt es in den USA, in der EU und in der Schweiz im Moment in der Diskussion keinen Platz. Die Binarität in diesem Krieg ist toxisch und führt in eine Sackgasse.

AZ Sowohl in Peking wie in Washington finden grosse Diskussionen über künftige Bündnis-konstellationen statt. Der chinesische Aussenminister betonte noch auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 19. Februar 2022 in diplomatischer, aber deutlicher Sprache das für China bislang heilige Prinzip der nationalstaatlichen Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen – was mit Taiwan wird, ist eine andere Frage. Seit Beginn des Krieges sind die offiziellen Töne aus Peking ambivalenter. Es wird an Moskau und Kyjiw appelliert, den Konflikt am Verhandlungstisch zu lösen. Den westlichen Forderungen, Sanktionen gegen Russland zu unterstützen, hat China bisher nicht entsprochen, einzig bei der Lieferung von zivilen Flugzeugsatzteilen gibt es im Moment einen Stopp. Aber ob man Russland de facto unterstützt, ist noch nicht entschieden. Umgekehrt findet in Washington eine Debatte darüber statt, ob man Russland langfristig nicht doch als Bündnispartner gegen den globalen Hauptkonkurrenten China braucht, oder ob man weiterhin auf dem eurasischen Kontinent eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland verhindern möchte. Russland als Störfaktor garantiert – wie jetzt – die weitere Notwendigkeit der NATO, die Führungsrolle der USA, ihre Rolle als atomare Schutzmacht und damit ihren Einfluss in Europa.

mw Nochmals: Wie kann dieser Krieg kurzfristig gestoppt werden?

AS Wenn ich das wüsste, hätte ich wohl in der Politik eine Schlüsselposition ... Was mich beschäftigt, ist die reduktionistische Berichterstattung in Bezug auf Waffenlieferungen und den Pazifismus. Statt die Frage der Waffenlieferungen auf Pro oder Contra zu reduzieren, müssten wir viel differenzierter überlegen, welche Politik wem hilft und wer wovon profitiert. Im vergangenen September war ich mit meiner Organisation, FriedensFrauen Weltweit, in der Ostukraine, in Slowjansk, Kramatorsk, Sjewjerodonezk und vor allem in Char-kiw. Wir führten Diskussionen mit Frauen, die keine politischen Ämter oder Uniabschlüsse

vorweisen können. Sie fragten: «Wer ist eigentlich daran interessiert, dass dieser Konflikt zu Ende geht? Wer interessiert sich schon für unsere Sicherheit? Für den Frieden in unseren Gemeinden?» Die Expertinnen, die uns begleiteten, sahen den Konflikt auch als Labor für die Sicherheitstechnologie. In den acht Jahren seit dem Kriegsausbruch 2014 hat sich in diesem vernachlässigten Gebiet eine unvorstellbare Militarisierung vollzogen. Die Frauen bezeichneten die Kultur der Gewalt und der Angst als ihre Normalität. In diesem heruntergekommenen Gebiet mit alten Fabrikanlagen leben in den Dörfern und Städten sehr viele Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen. Um ihr sehr schwieriges Überleben kümmerte sich schon vor dem Konflikt kaum jemand. In militärisch-strategischen Überlegungen spielen ihre Alltagsrealitäten keine Rolle. Niemand fragt, ob sie Zugang zu Renten oder Gesundheitsversorgung haben. Ich habe auch jetzt oft Kontakt mit – zumeist älteren und alleinstehenden – Frauen in diesem Gebiet. Viele harren aus und fragen: Wo wollen wir denn hingehen? Sie sind Überlebenskünstlerinnen.

mw Doch auch von diesen Frauen kommt jetzt, wie von praktisch allen Menschenrechtsaktivist*innen, feministischen Gruppen und Organisationen der ukrainischen Zivilgesellschaft wohl die Botschaft: «Um den Krieg zu stoppen, brauchen wir Waffen!» Ist das so?

as Ja, tatsächlich. Unsere Koordinatorin in Charkiw sagt mir, dass seit 2014 die Präsenz von kleinen und grösseren Waffen extrem gestiegen ist. Die Menschen haben sich daran gewöhnt. Jetzt ist die Herstellung von Molotowcocktails für Frauen oft die einzig denkbare Form, etwas für die Verteidigung zu tun, obschon sie eigentlich genau wissen, dass das nichts bringt. Sie sehen in Waffenlieferungen die letzte Chance und die notwendige Lösung. Diese Forderung ist ihr Umgang mit der Bedrohung, mit der täglichen Angst. Meine Haltung, und auch die meiner Organisation, ist da aber klar: Wir sind gegen jegliche Waffenlieferung.

az Wenn es uns als Friedensbewegung in den westlichen Ländern in den letzten Jahren und Jahrzehnten gelungen wäre, einen anderen Diskurs über diesen Konflikt durchzusetzen, dann wären wir jetzt nicht in dieser Situation. Dass die westlichen Staaten nach dem Sieg im Kalten Krieg die NATO nach Osten erweiterten, statt ein gemeinsames Haus mit Russland mit einem gemeinsamen kollektiven Sicherheitssystem

aufzubauen – in der KSZE oder heute in der OSZE –, war der grosse strategische Fehler. Ich mache nicht die NATO für Putins Krieg verantwortlich. Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Aber für die Entwicklungen, die in die heutige Situation geführt haben, tragen die 33 NATO- und EU-Staaten eine gehörige Mitverantwortung. Die Verschlechterung der Beziehungen zu Russland hat nicht erst mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im März 2014 begonnen. Sie fing spätestens 1997 an, als die NATO-Osterweiterung offiziell beschlossen und dann in mehreren Runden umgesetzt wurde. Ich war dabei, als Putin in Deutschland 2001 im Bundestag sprach, nochmals das kollektive Sicherheitssystem eines gemeinsamen europäischen Hauses, eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok anbot und stehenden Beifall durch alle Fraktionen erhielt. Aber dann kam die Erfahrung in Moskau, dass Europa diese Idee nicht wirklich wollte. An der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 klang die Enttäuschung bei Putin durch, worauf es zur Ankündigung kam, die eigenen Sicherheitsinteressen selber zu organisieren. Ich war damals entsetzt und bin es heute, wie die sogenannten Eliten der westlichen Aussenpolitik – Militärs, Politiker, Diplomaten, Journalisten, es waren alles Männer – sich über Putin lustig machten und diesen Richtungswechsel nicht ernst nahmen. 2008 kam der NATO-Beschluss, auch die Ukraine und Georgien aufnehmen zu wollen, und 2014 kündigte die neue Regierung in Kyjiw an, Russisch als Amtssprache abzuschaffen und das Nutzungsabkommen mit Moskau über die Flottenbasis Sewastopol zu kündigen. Das alles entschuldigt den Krieg nicht. Aber wenn man die heutige Situation erklären will, muss man über diese Punkte sprechen.

mw Aus Sicht der Zivilgesellschaften in den osteuropäischen Staaten sieht das Bild dieser historischen Phase anders aus: Dann ist es nicht nur die NATO-Osterweiterung, welche die Konfrontationsspirale vorwärtsgetrieben hat. Der Tschetschenienkrieg 2005 gehört mit in ihre Analyse, und mit dem Georgienkrieg 2008 wurde die NATO-Osterweiterung von vielen geradezu herbeigesehnt. Bestehen hier parallele Wahrnehmungen? Haben wir im Westen es in den letzten dreissig Jahren völlig verpasst, osteuropäische Perspektiven in unser Denken einzubeziehen?

az Wenn heute beziehungsweise nach 2014 die Menschen in Osteuropa sich den Anschluss an

die NATO wünschen, habe ich volles Verständnis. Aber 1990/91 war die Ausgangsposition fundamental anders. Ich flog damals mit dem deutschen Aussenminister Genscher aus Moskau kommend nach Ottawa. Er erzählte mir, was man Gorbatschow versprochen hatte, da gibt es keine Zweifel: Auf dem KSZE-Gipfel 1990 in Paris gaben alle 35 Regierungschefs heilige Schwüre auf die KSZE als das künftige gemeinsame Haus und kollektive Sicherheitssystem ab. Das wäre *die* Option gewesen. In der Folge musste man in den osteuropäischen Hauptstädten aber zur Kenntnis nehmen, dass dies in Washington, Bonn und Paris gar nicht umgesetzt wurde. Dass sich darauf mancherorts in Osteuropa die Haltung durchsetzte, das Heil lieber in der NATO zu suchen, ist verständlich. Verstärkt wurde das durch das kriegerische Vorgehen Russlands 2008 in Georgien und Moldawien. Die Krim-Annexion sowie die Unterstützung Moskaus der Separatisten im Donbass waren die endgültige Bestätigung. Selbstverständlich gibt es das souveräne Recht jedes Staates, seine Bündniszugehörigkeit selber zu wählen. Mit dem verheerenden Begriff «Zeitenwende», den Bundeskanzler Scholz verwendete, werden diese fatalen westlichen Weichenstellungen aber ausgeblendet. Dann kann behauptet werden, «der Böse» wäre schon von Anfang an Putin und Russland allein verantwortlich gewesen.

AS Die Debatten sind in Binaritäten gefangen: Analog zur Binarität von «Frau/Mann», die in Kriegen immer eine grosse Rolle spielt, gibt es nur noch «Feind/Freund» und «wir und die anderen, die Schlechten». Auch die kapitalistische Dynamik hinter den historischen Entwicklungen, die Verflechtung von Staaten mit der Wirtschaft und die Hierarchisierung in den Staatsbudgets – zuoberst stehen die wachsenden Armeeausgaben – werden in den friedenspolitischen Debatten zu wenig diskutiert. Hauptprofiteurin von Krieg ist immer die Rüstungsindustrie.

AZ Die Kategorie «Sieger» schimmert auch im Westen immer wieder durch. Aber es gab ja durchaus auch andere Tendenzen. George F. Kennan, der Historiker im Dienst des US-Aussenministeriums von 1926–1963, kritisierte die NATO-Osterweiterung 1997 als «verhängnisvollen Fehler». Kennan kannte die Geschichte der Sowjetunion und Russlands. Dazu gehören all die Traumata, angefangen vom Napoleon-Feldzug über die hoffnungsvollen Jahre nach der russischen Revolution, die Rückschläge und Jahrzehnte der stalinistischen

Säuberung, der Überfall von Nazideutschland mit dreissig Millionen Toten bis zur – ein ganz wichtiger Punkt – völlig missglückten wirtschaftlichen Modernisierung Russlands nach 1990. Unter dem Einfluss neoliberaler Berater aus Washington fand eine Privatisierung der russischen Ökonomie statt, ein Abbau staatlicher Daseinsfürsorge. Einige Oligarchen rissen sich die Filetstücke der ex-sowjetischen Wirtschaft unter den Nagel. Die Zeit von Präsident Jelzin waren Chaosjahre. Als Putin 1999 an die Macht kam und zunächst eine gewisse Stabilität erreichte, wurde er in der Bevölkerung breit unterstützt. Renten und andere Sozialleistungen wurden wieder ausgezahlt, mit den Oligarchen machte er einen Deal: Sie konnten ihre Filetstücke behalten, solange sie sich nicht in die Politik einmischten. Der Umschwung kam 2011/2012, als die offensichtlich gefälschten und manipulierten Wahlen zu grossen Protesten führten. Seitdem ist aus der autoritären Regierung eine De-facto-Diktatur mit schwerer innenpolitischer Repression geworden.

AW Was hiess das für die US-amerikanische Politik?

AZ In den USA gab es immer eine starke Linie, auch in der gegenwärtigen Administration, die den russischen «Bären» weiterhin als politisches Hauptproblem betrachtet. Wenn ihm die Ukraine weggenommen werden könnte, würde er entscheidend geschwächt. In diesem Denken ist nur noch die Rede von Sieg oder Niederlage; Verhandlung und Verständigung sind keine Ziele mehr. Wenn man amerikanischen Politikern zuhört, geht es jetzt nicht mehr nur darum, den Krieg zu beenden und – natürlich wünschenswert – die russischen Invasionstruppen aus der Ukraine herauszutreiben. Es geht darum, Russland in die Knie zu zwingen. Abgesehen davon, ob Putin ernsthaft noch bereit ist zu verhandeln, muss man versuchen, eine für ihn gesichtswahrende Exit-Strategie zu finden, um weitere Zerstörung zu verhindern.

AW Welche Themen müssten in der öffentlichen Debatte stärker präsent sein?

AS Ich war über längere Zeit in der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit tätig. Ich erlebte, zwar nicht in Russland, aber in den Balkanstaaten, wie Dezentralisierungsprojekte in Osteuropa umgesetzt wurden. Im Zentrum stand die Unterstützung von privaten Organisationen, die im Sinn eines New Public Management die Gemeinden zu verwalten hatten. Die Staatlichkeit und Gemeinschaftlichkeit

beziehungsweise das kommunale Sozialwesen hat man damit überhaupt nicht gefördert. Männer mit einer unsozialen Politik konnten sich an der Macht halten. Ungleichheiten nahmen stark zu. Auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine standen oft nicht der Alltag der Menschen und menschenrechtliche Prinzipien im Fokus. Es wurde ein gutes Dezentralisierungsgesetz verabschiedet, aber kaum eine Gemeinde in der Ostukraine hat genug Geld, um es umsetzen zu können. Neben dem Kampf gegen den Aggressionskrieg muss heute parallel auch an den «feinen Strängen» des künftigen Alltags nach dem Krieg weitergedacht werden. Ich bin sehr beeindruckt davon, wie in der Ostukraine die zivilgesellschaftlichen Kleinstorganisationen die Nachbarschaftshilfe unter Lebensgefahr fortführen, damit alle Menschen irgendwie Zugang zu Wasser und Medikamenten, Essen und Decken haben, und – wichtig – wir unterstützen den Erwerb von Generatoren, damit die Frauen ihre mobilen Telefone aufladen können. Denn oft sind gerade auch die Einsamkeit und die Isolation ein grosses Problem. Die strategischen Überlegungen und diplomatischen Verhandlungen sind extrem wichtig, auch das Völkerrecht muss viel stärker thematisiert werden. Aber die Gefahr, dass, sobald der heisse Krieg einmal gestoppt ist, diese Alltagsfragen und die Armut der ländlichen Bevölkerung in Friedensverhandlungen hinten anstehen müssen, beunruhigt mich.

AZ Solange Morden, Zerstörung und Bombardements weitergehen, ist für diese Fragen überhaupt kein Raum, weder bei den Leuten vor Ort noch hier bei uns. Aber wenn es gelingt, den heissen Krieg zu stoppen, stellen sich die Fragen, die du ansprichst: Wie geht es diesen Menschen zukünftig? Wie werden die ökonomischen Interessen, die Sorgen und Anliegen von Frauen aufgenommen? Ich bin nicht grundsätzlich gegen eine EU-Perspektive für die Ukraine, aber ich verweise darauf, wie zwischen 2010 und 2013 die Verhandlungen von der EU mit dem damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch geführt worden sind. Sie verlangte radikale neoliberale Reformen, die an die früheren strukturellen Anpassungsprogramme der Weltbank gegenüber Ländern des Globalen Südens erinnerten. Beispielsweise forderte sie, dass das Rentenalter in der Ukraine in einem Schritt von 60 auf 65 Jahre angehoben werde. Eine zweite Forderung war die Einstellung von Subventionen bestimmter Grundnahrungsmittel oder Heizstoffe. Das darf nicht wieder passieren.

MW Wenn jetzt die Rede davon ist, es gebe keine pazifistischen Antworten auf die Kriegssituation, ist das irreführend. Antje Schrupp formuliert es in diesem Heft so: «Der Pazifismus ist nicht gescheitert – er wurde gar nie ausprobiert.» Was kann die Friedensbewegung jetzt tun? Gibt es Anknüpfungspunkte beim Konzept der «feministischen Aussenpolitik»?

AS Eine schwedische Kollegin sagte: Wir haben eine gute feministische Aussenpolitik. Aber wer ist in Schweden wirklich verantwortlich für die Aussenpolitik? Es sind in erster Linie das Sicherheits- und das Wirtschaftsministerium. Das Aussenministerium hat kaum etwas zu sagen. Das gilt ähnlich auch für die Schweiz. Eine feministische Aussenpolitik müsste sich vor allem in Wirtschaftsfragen einmischen, sonst wird sie zum Feigenblatt.

AZ Bezüglich der Schweiz will ich mich drastisch ausdrücken: Es gibt nichts Verlogeneres als die Schweizer Entscheidung, jetzt keine Munition für den deutschen Flugabwehrpanzer Gepard in die Ukraine zu liefern. Es werden ja weiter Rüstungsgüter in ganz andere Kriegsregionen geliefert. Und vor allem: Die wichtigsten Oligarchen und Putin selber haben nach wie vor ihre Konten alle irgendwo gut beschützt auf Schweizer Banken.

MW Können die multilateralen Institutionen je wieder stärker ins Spiel gebracht werden, die OSZE, die UNO?

AZ Die OSZE ist nach 1990 ausgehebelt worden. Als sie nach der Krim-Annexion und dem Beginn des Kriegs in der Ostukraine 2014 gerufen wurde, hätten rasch 5000 Menschen entsandt werden müssen, um einen deeskalierenden Effekt zu erzielen. Es dauerte drei Monate, man kratzte 256 Beobachter*innen zusammen. Und dann brauchte man nochmals sechs Monate, um 16 Beobachter*innen an die 2200 Kilometer lange Grenze zwischen der Ukraine und Russland zu stellen, um zu dokumentieren, ob da Kriegsgüter oder grüne Männlein herübergeschoben werden.

MW Ist die Friedensbewegung angesichts der akuten Kriegssituation gescheitert?

AZ Gescheitert sind nach dem Ende des Kalten Kriegs alle Modelle militärischer Aussenpolitik. Kein Krieg weltweit hat in irgendeiner Weise nachhaltig für Frieden gesorgt, im Gegenteil. Der sogenannte Krieg gegen den

Neben
dem
Kampf
gegen
den
Aggres-
sionskrieg
muss am
künftigen
Alltag
weiter-
gedacht
werden.

Terrorismus ist restlos gescheitert, gemessen am offiziell erklärten Ziel, islamistisch gerechtfertigten Terrorismus zu überwinden. Das gilt für Afghanistan, für den Irak, Libyen, Syrien, und er scheitert aktuell in Mali.

Pazifismus oder der Slogan «Frieden schaffen ohne Waffen» heisst eben nicht, in einer zugespitzten Situation einfach zu sagen: Ich bin gegen Waffenlieferungen. Pazifismus meint, alle erforderlichen zivilen Instrumente zur Früherkennung, Bearbeitung und Deeskalation von Konflikten bereitzustellen, mit grossen personellen, logistischen und finanziellen Ressourcen. Damit dürften Konflikte gar nicht erst auf die Gewaltebene kommen, im Rahmen der UNO oder der OSZE müssten politische Lösungen ausgehandelt werden. Das fordern wir seit fünfzig Jahren in der Friedensbewegung und der kritischen Friedens- und Konfliktforschung. Aber auch bei uns in Deutschland mit der rot-grünen Regierungsmehrheit gehen immer noch nur zwei Prozent der Militärausgaben in diese Bereiche, zwei Tröpfchen auf einen extrem heissen Stein.

mw Ist das nicht eine heile Welt, Konfliktlösung ohne Gewalt?

az Ich sage als Pazifist: Die UNO müsste polizeilich-militärische Instrumente haben, eine ständige Truppe von vielleicht 30 000 Männern und auch Frauen. In einem Fall wie Ruanda 1994, wo die zivilen Instrumente zur Verhinderung eines Völkermords versagten beziehungsweise gar nicht eingesetzt wurden, muss sich die Weltgemeinschaft einmischen. Kontrolliert werden können die polizeilichen Blauhelm-Zwangsmittel aber nicht durch die NATO oder durch eine andere westliche Militärkoalition. Das kann nur die UNO mit einem möglichst breit abgesicherten Mandat tun.

Ich fürchte, wir werden im Ergebnis dieses Krieges eine weitere Stärkung der militärischen Kräfte in die falsche Richtung sehen. Die NATO steht so geschlossen und stark da wie lange nicht mehr – das hat Putin erreicht. Und die UNO ist geschwächt. Allerdings nicht nur wegen des Vetorechts, das ist eine bequeme Behauptung vieler Politiker*innen, auch in der Schweiz. Die UNO-Generalversammlung hat nach einer Sitzung des Sicherheitsrats Anfang März einen Beschluss gefasst, in dem der russische Überfall klipp und klar als Völkerrechtsbruch verurteilt sowie die Einstellung der Kämpfe und den bedingungslosen Rückzug der russischen Truppen gefordert – und das mit einer historisch grossen Mehrheit von 141 zu 5 Stimmen. Die Generalversammlung

hätte, wie es seit der Uniting-for-Peace-Resolution von 1950 möglich ist, auch Massnahmen ergreifen können, von Wirtschaftssanktionen bis hin zur Stationierung einer UNO-Truppe. Dass dies realpolitisch nicht auf der Tagesordnung steht, hat Gründe. Viele Länder des Südens erinnern sich angesichts dieses Kriegs auf dem europäischen Kontinent daran, dass die europäischen Staaten in den letzten 30 Jahren oft recht überheblich betonten, ihre eigenen Institutionen wie die OSZE, die EU oder den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zu haben und deshalb die UNO nicht zu brauchen. Wenn ein Konflikt wie jener von 2014 nicht zwischen Russland und der Ukraine, sondern etwa zwischen Argentinien und Chile stattgefunden hätte, wäre schnell der Ruf nach der UNO ertönt. Und in der UNO hat man das Jahr 2003 in Erinnerung: Nach dem völkerrechtswidrigen Krieg der USA und Grossbritanniens gegen den Irak 2003 mit über einer Million direkter und indirekter Toten wurden alle Versuche, ihn in der Generalversammlung wenigstens als Völkerrechtsbruch zu klassifizieren, durch massiven Druck der Amerikaner und der Briten vereitelt. Deswegen ist jetzt die Bereitschaft sehr gering, sich über Verurteilungsresolutionen hinaus zu engagieren.

mw Wo sehen Sie die Aufgabe der Friedensbewegung in den nächsten Monaten?

AZ Mit Blick auf die aktuelle Situation finde ich es fatal, dass mancherorts bestehende Beziehungen zur russischen Zivilgesellschaft abgebrochen werden, weil kein Geld mehr nach Russland fließen darf. In Hamburg werden beispielsweise im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Sankt Petersburg alle Beziehungen aufs Eis gelegt inklusive Praktika oder Austauschsemester für junge Menschen. Wenn wir daran glauben – und ich setze darauf –, dass wir irgendwann wieder zu einer Sicherheits- und Friedensordnung mit Russland kommen müssen, weil wir uns das geografisch nicht anders aussuchen können, ist es jetzt wichtig, der Verfeindung entgegenzuwirken, die ja unter der russischen Staatspropaganda ganz massiv auch in der russischen Bevölkerung stattfindet. Und ganz konkret müssen wir von unseren Regierungen fordern, dass sie offiziell Deserteure aus Russland wie auch aus der Ukraine ohne grossen bürokratischen Aufwand bei uns willkommen heissen wie andere Geflüchtete.

AS Es ginge darum, den Friedensbegriff wieder auszudehnen und auch andere Politikbereiche

in den Blick zu nehmen. In der Schweiz ist die GSoA in der Friedensbewegung einigermaßen dominant. Die GSoA konzentriert sich auf militärische Fragen, auf den Import und Export von Kriegsmaterialgütern. Andere Fragen kommen zu kurz. Ganz am Anfang des Kriegs gegen die Ukraine erschallte im Schweizer Parlament sofort die Parole: Aufrüsten! Nur wenige Stimmen haben kritisch gefragt, ob die Aufrüstung auf Kosten der Budgets für Bildung oder Gesundheit gehen werde. Wie wird es möglich sein, Gelder statt in Militärbudgets in friedensrelevante Aktionsfelder zu lenken?

Ein entscheidender Punkt ist die Bildung. Es ist auch in der Schweiz wenig Wissen über die UNO vorhanden. Ob und wie die Schweiz im Sicherheitsrat mitarbeiten soll, wird eher technisch und nicht friedenspolitisch diskutiert. Wenn Friedensfragen von der aktuellen Neutralitätsdiskussion abgekoppelt werden, landen wir in einer Sackgasse. Wir als kritische Friedenspolitiker*innen stehen in der Verantwortung, reduktionistische Ansätze zu hinterfragen, zu durchbrechen und Alternativen zu entwickeln.

Dazu gehören Investitionen in Zeit und Raum für Debatten. Wir versuchen das wie erwähnt mit Frauenfriedentischen in der Ostukraine oder auch in Kolumbien oder in Afghanistan. Dass die Menschen über ihre Alltagsprobleme sprechen und daraus politische Forderungen entwickeln können, ist ein wesentlicher Aspekt einer umfassenden Friedensarbeit und legt Grundsteine für eine Kultur des Friedens. In Kürze führen wir Gespräche in der Schweiz mit Frauen von Frauen- und Friedensorganisationen aus der Ostukraine und aus Westrussland. Sie arbeiten seit sechs Jahren zusammen, stets auf der Suche nach einer gemeinsamen Sprache des Friedens. Jetzt leben sie aufgrund des Kriegs alle in Berlin und erleben, dass es in der Kriegssituation schwieriger geworden ist, zusammen sprechen zu können. ●

- Annemarie Sancar, *1957, ist Sozialanthropologin mit den Schwerpunkten internationale Zusammenarbeit, Migrations- und Friedenspolitik, dabei arbeitet sie mit einem explizit feministischen Ansatz. Aktuell arbeitet sie bei FriedensFrauen Weltweit als Netzwerkkoordinatorin und Programmverantwortliche Ukraine.
- Andreas Zumach, *1954, ist freier Journalist, Buchautor und Vortragsreferent. Von 1988 bis 2020 war er mit Sitz in Genf UNO- und Schweizkorrespondent für die Berliner tageszeitung (taz) und andere Medien in Deutschland, der Schweiz, Österreich und den USA.